

Frage 1	Wie steht die Liste der SPD zum Gewerbegebiet Laier?
	<p>Aus unserer Sicht kann diese Frage nicht alleinstehend beantwortet werden, sondern muss immer im Kontext der gesamten Haushaltssituation betrachtet werden.</p> <p>Die Gewerbesteuer stellt für die Gemeinde eine der zentralen Einnahmequellen dar. Leider ist diese Einnahmequelle in den letzten Jahren rückläufig und reduziert somit den Handlungsspielraum der Gemeinde. Fehlende Einnahmen müssen durch andere Einnahmen kompensiert werden oder auf der Ausgabenseite sind stärkere Einsparungen notwendig. Mit nachhaltigen Konsolidierungsmaßnahmen tun wir uns aber als Gemeinde sehr schwer.</p> <p>Vor diesem Hintergrund kann es strategisch sinnvoll sein ein neues Gewerbegebiet zu erschließen um neues Gewerbe anzusiedeln und somit die vorhandene Gewerbestruktur zu diversifizieren und mittelfristig die Einnahmeseite zu verbessern.</p> <p>Die Priorität der SPD liegt aber aktuell im Umbau der vorhandenen Strukturen. Aktuelle Leerstände in den Gewerbegebieten müssen hier mit höchster Priorität produktiv genutzt werden. Die Gewerbestruktur muss stärker diversifiziert werden, die Abhängigkeit zur Automobilindustrie muss reduziert werden.</p> <p>Die Erschließung des Gewerbegebietes Laier macht somit aus unserer Sicht aktuell keinen Sinn. Es stellen sich für uns auch die Fragen, ob eine Erschließung der Laier mit vertretbaren Kosten überhaupt möglich ist und ob der zusätzliche Wasserbedarf überhaupt gedeckt werden kann.</p>

Frage 2	Wie steht die Liste der SPD zu einer Parkierungsanlage in den Talauen in Stein Mitteltal?
	<p>Betrachtet man die wirtschaftliche Situation der Großbetriebe im Mitteltal in Stein, so sehen wir keinen Bedarf nach einer Parkierungsanlage im Mitteltal in Stein. Wir sehen vielmehr den Bedarf nach einer Diversifikation des Gewerbes im Mitteltal in Stein (siehe hierzu auch Frage 1)</p>

Frage 3	Wie steht die Liste der SPD zu einem Windpark auf der Gemarkung von Königsbach-Stein?
	<p>Die Gemeinde hat bisher keine Aktivitäten vorangetrieben einen Windpark in Königsbach-Stein zu entwickeln. Hierfür wäre auch ein eigener Flächennutzungsplan notwendig gewesen. Bisher gab es nur eine Potenzialanalyse zu den Möglichkeiten von verschiedenen regenerativen Energiequellen.</p> <p>Der Regionalverband Nordschwarzwald hat aktuell die Aufgabe übergreifend einen Teilregionalplan Windenergie zu entwickeln. Hierzu hatte jeder Bürger und auch die Kommune die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben.</p> <p>Als aktueller Gemeinderat versuchen wir über unsere Stellungnahme die Fläche auf gemeindeeigene Flächen zu reduzieren. Die finale Entscheidung über Flächen, die für Windenergie zur Verfügung gestellt werden, obliegt aber alleine dem Regionalverband. Bei gemeindeeigenen Flächen steuern wir als Gemeinde, welche Projekte auf diesen Flächen umgesetzt werden. Auf eine Projektierung im Staatswald (wie aktuell in Remchingen geplant) oder auf Privatbesitz haben wir keine Einflußmöglichkeiten.</p> <p>Als SPD-Fraktion haben wir die Reduktion auf gemeindeeigene Flächen aktiv unterstützt. Nun liegt es beim Regionalverband.</p> <p>Ob nun auf diesen gemeindeeigenen Flächen Windenergieanlagen gestellt werden, hängt von einem längerem Genehmigungsprozess ab. Von zentraler Bedeutung ist hier die Wirtschaftlichkeit der Anlagen. Hierzu werden über ein Jahr die konkreten Windverhältnisse gemessen. Nur falls diese tatsächlich gemessenen Windverhältnisse einen wirtschaftlichen Betrieb ermöglichen, wird möglicherweise eine Anlage gebaut. Kreditgeber, wie Banken erwarten, dass diese Winduntersuchungen von zwei unabhängigen Ingenieurbüros testiert werden.</p> <p>Für uns als SPD ist es nur sinnvoll auf gemeindeeigenen Flächen Windenergieanlagen zu projektieren, die wirtschaftlich betrieben werden können.</p> <p>Die Nutzung von regenerativen Energien, wie Windenergie, macht uns unabhängig von externen Einflüssen, spart Energiekosten und generiert zusätzliche Einnahmen für uns als Gemeinde. Mit diesen zusätzlichen Einnahmen, können Investitionen in unsere Infrastruktur, wie Schulen getätigt werden.</p> <p>Darüber hinaus besteht für jeden Mitbürger die Möglichkeit sich an den Windenergieanlagen zu beteiligen oder Strom über einen verbilligten Tarif zu beziehen.</p>

Frage 4	Wie steht die Liste der SPD zu einer Senkung/Erhöhung des Hebesatzes, die Grundsteuerreform 2025 betreffend?
	<p>2019 hat der Bund ein neues Bundesgesetz zur Grundsteuer beschlossen - darin enthalten ist eine sogenannte Öffnungsklausel. Diese ermöglicht es den Bundesländern, ob sie das Bundesmodell übernehmen, oder ein eigenes Landesmodell umsetzen. Viele Länder haben das Bundesmodell übernommen. Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen und Niedersachsen haben ein eigenes Grundsteuermodell gewählt. Baden-Württemberg ist das einzige Land, das bei der Berechnung der Grundsteuer nur die Grundstücksfläche und den Bodenrichtwert heranzieht. Andere Modelle legen darüber hinaus noch Werte wie etwa Bebauung, Gebäudeart, Wohnfläche oder auch Baujahr des Gebäudes zugrunde. Den Weg Baden-Württembergs kritisieren viele als zu pauschal und ungerecht, weil der Wert dessen, was auf dem Grundstück steht, keine Rolle spielt.</p> <p>In Baden-Württemberg kommt bei der Grundsteuer B somit das sogenannte "modifizierte Bodenwertmodell" zum Einsatz. Die Bewertung für die Grundsteuer B ergibt sich ausschließlich aus dem Bodenwert. Der wird aus der Grundstücksfläche und dem sogenannten Bodenrichtwert berechnet. Die Bebauung des Grundstücks spielt dabei keine Rolle. Grundstücksfläche und Bodenrichtwert werden miteinander multipliziert. Das ergibt den Grundsteuerwert. Der wiederum wird mit der Steuermesszahl multipliziert und ergibt den Grundsteuermessbetrag. Auf den wird in einem dritten Schritt der Hebesatz der Kommunen angewendet. Das Ergebnis ist dann die konkrete Grundsteuer, die ab 2025 gelten soll.</p> <p>Mit dem Hebesatz bestimmt die Gemeinde, das heißt die Gemeinderäte vor Ort, wie hoch letztlich die Grundsteuerbelastung ausfällt. Die Einnahmen aus der Grundsteuer gehen ausschließlich an die Gemeinde.</p> <p>Als SPD unterstützen wir den Ansatz die Hebesätze "aufkommensneutral" anzupassen, so dass die neue Grundsteuer nicht mehr als vorher in die Kassen der Gemeinde spült.</p> <p>Damit können wir natürlich nicht verhindern, dass einzelne Eigentümer deutlich mehr an Grundsteuer bezahlen werden. Betroffen werden hier vorallem Eigentümer sein, die über große Grundstücke verfügen.</p>